

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

„Um uns selber müssen wir uns selber kümmern ...“

... und heraus gegen uns, wer sich traut!“

So dichtete Bertolt Brecht 1948.

Die Behauptung ist auch heute noch gültig – leider. Der 1. Mai 2009 hat durch die grassierende Finanzkrise noch an Bedeutung gewonnen. Der Auto-Industrie wird mit Abwrack-Prämie geholfen. Wie viele Arbeitsplätze wird diese Maßnahme retten? Ökologie – nämlich möglichst geringer CO2-Ausstoß – spielt dabei keine Rolle.

Mit welchem Recht dürfen sich Finanzmanager Bonuszahlungen genehmigen – wir reden hier nicht nur von 10.000 Euro –, obwohl sie den Finanzkarren mit ihren dunklen Geschäften gegen die Wand gefahren haben? Der Steuerzahler, Otto-Normal-Verbraucher, soll dafür aufkommen.

„Um uns selber müssen wir uns selber kümmern ...“. Es ist nur legitim, dass Gewerkschaften und Betriebsräte hellhörig werden, Alarm schlagen,

wenn ein fast insolventer Betrieb den schon insolventen schlucken will, wie am Beispiel Fiat – Opel deutlich wird.

Wer saniert sich auf wessen Kosten? Auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten wird der Kampf ausgetragen.

Im Zuge der Globalisierung tun Gewerkschaften und Linke gut daran international zusammenzuarbeiten. Am Anfang des 21. Jahrhunderts geht es nicht nur um Solidarität der Werktätigen eines Lan-

des, sondern um EU- bzw. weltweite Verhinderung der Ausspielung der Berufstätigen verschiedener Länder gegeneinander. Besonders diesen Gedanken sollten wir nie vergessen, vor allem nicht am 1. Mai.

Ich bleibe bei Brecht:

„Vorwärts und nicht vergessen: die Solidarität!“

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe **Seite 9**

Zitiert ...

„Die Jugend von heute hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen den Eltern und tyrannisieren die Lehrer.“

Sokrates (469 v. Chr. - 399 v. Chr.)

DIE LINKE.

Europa beginnt vor der Haustür

Obwohl Brüssel und Straßburg relativ weit von Brandenburg entfernt sind, haben 70 bis 80 Prozent der dort getroffenen Entscheidungen unmittelbare Wirkung auf das Leben hierzulande: Wenn das Licht eingeschaltet wird, kommt die EU aus der Steckdose, weil die Stromdurchleitungsrechte durch die EU gewährleistet sind. Beim Aufdrehen des Wasserhahns können die Bürgerinnen und Bürger in jedem Mitgliedsstaat sicher sein, dass Trinkwasserqualität durch die Gemeinschaft gewährleistet ist.

Auf Lebensmittelverpackungen finden sie die Angaben über Inhaltsstoffe und Produzenten, so wie sie auf europäischer Ebene festgelegt wurden. Umweltbewusstem Busfahren liegen die gleichen europäischen Sicherheitsbestimmungen zugrunde, gleichgültig ob in Spanien oder in Deutschland. Gemeinde- und Stadträte haben sehr oft in ihren Entscheidungen Rahmenbedingungen zu beachten, die durch EU-Recht vorbestimmt sind.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird wesentlich durch Richtlinien zur Gewährung der Wettbewerbs-, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit beeinflusst.

Nicht wenige Entscheidungen machen den hiesigen Mehrheitspolitikern Dampf unter dem sprichwörtlichen Nicht verschwiegen werden darf aber auch: EU-Politik hat nicht selten negative Wirkungen.

Und das betrifft dann nicht nur die Krümmung der Gurke, die im vergangenen Jahr – gegen den Widerstand Deutschlands – als EU-Norm abgeschafft wurde. Vor allem sind es die Binnenmarktregeln, die negative Auswirkungen auch und gerade auf die Gestaltung von Kommunalpolitik in unseren Städten und Gemeinden haben. Europa mischt mit. Die EU beeinflusst maßgeblich Entwicklungen in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, ÖPNV, Wohnen sowie Krankenhäuser. Die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge werden zunehmend nach dem Willen der EU

privatisiert. Auch in anderen Bereichen meldet sich die EU zu Wort. Denken wir etwa an die Pflicht der Kommunen, die Vergabe von Aufträgen grundsätzlich europaweit auszuschreiben. Dabei sollten Kommunalpolitiker wie Bürger gründlich prüfen, was die EU denn wirklich vorschreibt – nicht selten nehmen Landräte oder Bürgermeister die EU in Haftung, wenn sie eigene politische Ziele umsetzen wollen. Nicht überall, wo EU darauf steht, ist auch EU drin.

Den Kommunen Dampf machen hingegen können Gerichte, z.B. wenn es um die Einhaltung der EU-Arbeitsrichtlinie geht, die bisher Höchst-arbeitszeiten von 48 Stunden pro Woche vorschreibt. Auch für die kommunalen Betriebe und Einrichtungen. So waren fünf Angehörige einer Berufsfeuerwehr im März vor einem Verwaltungsgericht erfolgreich – sie hatten jahrelang Dienst und Bereitschaftsdienst in Höhe von 55 Wochenstunden abgeleistet. Dafür bekamen sie nun einen Freizeitausgleich bis zu 275 Stunden zugesprochen. Gerade weil solcherlei Urteile von Gerichten nicht selten sind, haben die Mitgliedstaaten die EU-Arbeitszeitrichtlinie ins Visier genommen: Sie wollen die 48-Stunden-Regelung aufweichen. Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat sich bisher erfolgreich dagegen gewehrt, den Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen bis zu 65 Wochenstunden zu erlauben. Kommt es bis zum Ende der laufenden Wahlperiode zu keinem Kompromiss, gilt die bisherige Regelung weiter und in den Mitgliedstaaten sind Neuregelungen für die Anrechnung von Bereitschaftszeiten auch in kommunalen Einrichtungen notwendig.

Europa, genauer die EU, ist in den Kommunen aber auch über zahlreiche Förderprogramme präsent. Seit 1990 entstanden mit europäischer Unterstützung Infrastrukturprojekte, wurden wirtschaftliche Ansiedlungen und Kooperationen gefördert, Arbeitslose qualifiziert und wieder in Arbeit gebracht,

der ländliche Raum entwickelt, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht und eine häufig kleinteilige grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Oder und Neiße organisiert. In der jetzigen siebenjährigen Förderperiode werden bis 2013 erneut drei Milliarden Euro nach Brandenburg fließen. Die Rahmenbedingungen für deren Einsatz werden maßgeblich im Land bestimmt – die Spielräume für eine Landesstrategie sind nicht nur gegeben, die EU verbindet ihre Förderung von strukturschwachen Regionen mit dieser Forderung. Die Fakten sind überzeugend: Die EU hat großen Einfluss auf das, was in unseren Städten und Gemeinden passiert. Und dennoch messen die Bürgerinnen und Bürger der EU-Politik oftmals nicht die gleiche Bedeutung zu wie Entscheidungen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene.

*Gerlinde Stobrawa,
Vizepräsidentin des Landtages und
europapolitische Sprecherin der
Landtagsfraktion der LINKEN*

Briefwahlinformationen

Per Brief wählen geht ganz einfach. Den Antrag dazu kann man jetzt schon stellen, dann kommen die Unterlagen ins Haus. Man beantragt einen Wahlschein bei seiner Heimatgemeinde, in deren Wählerverzeichnis man eingetragen ist. Das geht persönlich, per Brief, per Telegramm, per Fax, per E-Mail, aber nicht telefonisch. Das Innenministerium hat das Verfahren zur Europawahl noch weiter erleichtert: Unter www.wahlen.brandenburg.de finden Sie ein Formular, das am Computer ausgefüllt werden kann und dann an die zuständige Behörde weitergeleitet wird. Letzter Termin für die Beantragung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen ist zwei Tage vor der Wahl, also Freitag, der 5. Juni 2009, 18.00 Uhr. In Ausnahmefällen (wie plötzlicher Krankheit) ist die Beantragung noch bis um 15.00 Uhr am Wahlsonntag möglich.<

Eine Politikerin mit Herz – Kornelia Wehlan

Gabi Pluciniczak und Marianne Richter im Gespräch mit Kornelia Wehlan MdL

Frage: Konni, Du kandidierst das dritte Mal für den Landtag, dafür gibt es sicher einen Grund?

K.W.: Es gibt nicht nur einen, sondern viele Gründe. Der erste Grund ist natürlich die Verteidigung des ersten Direktwahlmandates für DIE LINKE in Teltow-Fläming. Zweitens ist es mein Fachbereich, für den ich stehe – die Agrarpolitik und der ländliche Raum. Und drittens macht mir die Arbeit im Landtag und im Wahlkreis immer noch Spaß und Freude. Es gibt nichts Schöneres, als sich für und mit Menschen zu engagieren. Dabei schaue ich auf eine erfolgreiche Wahlperiode zurück. Und den Vertrauenszuwachs mit den Kommunalwahlen will ich unbedingt rechtfertigen. Dafür scheue ich keine Arbeit.

Frage: Du hast von einer erfolgreichen Legislaturperiode gesprochen. Kannst Du das auch belegen?

K.W.: Mit den Erfolgen ist das so eine Sache, denn die haben, wie Ihr wisst, viele Väter. In vielen Bereichen ist aber für die Menschen sichtbar geworden, dass die Hauptthemen unserer Partei – Arbeit – Bildung – Soziale Gerechtigkeit – nicht nur Wahlkampfthemen für uns sind, sondern Ziel unserer täglichen Arbeit. Natürlich erfüllt es mich mit Freude, dass der ländliche Schulstandort Dahme auch für das nächste Schuljahr erhalten bleiben konnte. Das war mein ständiges Mühen und Wirken im Kreistag und im Landtag. Oder als es um die Fördermittel für den Erlebnishof in Werder ging, das trägt auch meine Handschrift.

Mit der „Forstreform“ gab es auch in meinem Fachbereich viel zu tun. Ohne Aufgabenkritik und Beschreibung der zukünftigen Geschäftsfelder werden 1.000 Arbeitsplätze abgebaut und 36 Millionen Euro an Zuschüssen gekürzt. Einstellungskorridor und Gemeinwohleinstellungen im Forstbereich

werden zu Fremdwörtern und das, obwohl die Landesregierung selbst Holz- und Forstwirtschaft in Brandenburg als Kompetenzfeld benennt, was eigentlich besondere Förderungen beinhaltet. Was bleibt ist die Aushöhlung der Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen, die eigentlich im Landeswaldgesetz festgeschrieben sind.

Frage: Welche dringenden Aufgaben stehen vor der Linkspartei in Zeiten einer globalen Wirtschaftskrise?

K.W.: Wir sehen unsere Hauptaufgabe darin, Armut zu verhindern und bestehende Armut abzubauen. Armut, besonders für Kinder, ist, wie der aktuelle Sozialbericht zeigt, längst in Teltow-Fläming angekommen. Wir haben in TF ca. 3.000 Kurzarbeiter. Die Auswirkungen werden nach Prognosen der Wirtschaftsinstitute spätestens im 2. Halbjahr spürbar. Wir müssen dann natürlich Ansprechpartner sein, aber auch deutlich sagen, wie wir uns Veränderungen vorstellen. Dazu haben wir mit dem Entwurf des Landtagswahlprogramms erste Schritte für eine neue Politik benannt. Und wir sind in unseren Schwerpunkten erkennbar – auch zukünftig; Arbeit, von der man leben kann, Armut verhindern und Bildung für alle, von Anfang an. Was den Wahlkreis betrifft, so steht die Fertigstellung der B 101 obenan.

Aber auch, dass der ländliche Raum nicht weiter durch Landesentscheidungen abgehängt wird wie bei der Streichung der Grund- und Kleinzentren. Davon sind ja auch unsere Landstädte Baruth, Dahme und Trebbin betroffen, die sehr wohl Umlandfunktionen wahrnehmen.

Frage: Du bist neben Deiner Arbeit als Landtagsabgeordnete eine erfolgreiche Kommunalpolitikerin. Besteht darin nicht ein Widerspruch?

K.W.: Ganz im Gegenteil. Gerade in unserem Selbstverständnis der LINKEN ist die Kommunalpolitik die Wurzel für unser Tätig-Werden. Hier sind wir nah bei den Problemen der Menschen, kommen mit ihnen ins Gespräch, nehmen ihre Anregungen und ihre Sorgen auf. Ich kann darauf in meiner Landtagsarbeit nicht verzichten und es gibt mir auch die Gelegenheit, selbst zu spüren, wie Landes- und Bundesentscheidungen hier vor Ort wirken. Z. B. wenn der durch das Land verfügte Personalschlüssel bei Kitas nicht ausreicht oder die Mitfinanzierung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger zu gering ist und der Kreis – trotz hoher Verschuldung – wieder einspringen muss und zusätzliche Ausgaben hat.

Das aktuell diskutierte Thema in meinem Fachbereich – die Agrardieselbesteuerung – wurde beispielsweise 2005 am Tisch des Bundesfinanzministers mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten gegen die großen Agrarstrukturen bzw. -betriebe geregelt. Heute tun SPD und CDU so, als ob sie davon nichts mehr wüssten. Im Landtag nutze ich die Möglichkeit, solche Art Probleme öffentlich zu machen und Antworten der Landesregierung abzuverlangen. Dazu habe ich bisher 119 mündliche und 40 kleine Anfragen gestellt und für die Fraktion 39 Debatten im Landtag geführt.

Frage: Bei Deinem Arbeitspensum erübrigt sich ja fast die Frage nach Deiner Freizeitbeschäftigung.

K.W.: Da sind bei mir noch viele Wünsche offen. Wichtig aber ist für mich die Familie, besonders unsere Kinder und mein Mann. Auch mit meinen Geschwistern, den Kindern und Enkelkindern meiner Schwester und mit meiner Mutter möchte ich so viel Zeit wie möglich verbringen. Das liegt mir sehr am Herzen. Hier hole ich mir die Kraft für meine Arbeit. <

TRANSPARENZ

LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Forstreform in einer kritischen Phase

Die Stellen von 973 Beschäftigten sollen abgebaut und 1.646 Beschäftigte in eine neue Struktur überführt werden. Ein derart umfassendes Stellenbesetzungsverfahren gab es wohl in Brandenburg zuletzt unmittelbar nach der Wende – besser unter dem Begriff „Abwicklung“ bekannt. Die Auflösung der Landesforstverwaltung und die Errichtung des Landesbetriebes „Forst Brandenburg“ laufen parallel. Damit werden Unsicherheiten über Unsicherheiten produziert, denn es erfolgt keine geordnete Überführung in die neue, bereits entwickelte Struktur.

DIE LINKE fordert, dass die Beschäftigten als das höchste Gut, das dem Land für eine kompetente, qualifizierte und engagierte Bewirtschaftung und Betreuung des Waldes zur Verfügung steht, stärker in den Mittelpunkt der Strukturüberlegungen gestellt

werden. Gleiches gilt für die Bürgerinnen und Bürger des Landes, für die Waldbesitzer und für die Holzwirtschaft. Doppelzuständigkeiten in 145 im Durchschnitt 1.860 ha großen reinen Landeswaldrevieren und 210 im Durchschnitt 5.240 ha großen Hoheits-/Gemeinwohlrevieren sind zu befürchten. Gründe genug für DIE LINKE, einen Zwischenbericht von der Landesregierung zu fordern. Dass dieses abgelehnt wurde, zeigt, dass es kein Erfolgsbericht geworden wäre.

Anträge der Fraktion DIE LINKE.:

- Bestärkung der Bundesregierung : Agro-Gentechnik hat keine Zukunft
- Lagebericht Abwasserproblematik
- Bericht zum gegenwärtigen Stand der Umsetzung der Forstreform
- Kostenentlastung der Landwirtschaft
- Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes der G10-Kommission



- Verringerung der Abhängigkeit von Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg von der sozialen Herkunft
- Verbesserung der kriminalistischen Aus- und Fortbildung <

Kornelia Wehlan MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde
Zinner Straße 36
Tel: 03371-406544
www.konni-wehlan.de
Mail: BueroLukWehlan@aol.com

„Ohne eine starke Linke wird das Land nicht sozialer und nicht gerechter“



K. Wehlan, S. Kühne, M. Reimann, K. Kaiser

So eröffnete Kerstin Kaiser die Regionalkonferenz am 18. April in Schönefeld zur Wahl des Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis 63 für die Bundestagswahl, zu der sich zwei Bewerber vorstellten. Steffen Kühne, geboren 1981 auf Usedom, Diplomverwaltungsrechtswissenschaftler und Mit-

glied in der Linksjugend Solid, machte bei seiner Vorstellung deutlich, dass ihm unter anderem auch die Lösung globaler Probleme am Herzen liegt. Er setzt sich ein für eine bessere Umwelt- und Energiepolitik, den Kampf gegen Armut, Rente ab 67

und ganz besonders auch gegen Rechtsextremismus.

Für seinen Gegenkandidaten, Dietmar Poetzsch aus Luckau, begann im Jahr 1981 bereits die Parteikarriere.

Nach seiner Tätigkeit im Braunkohle-revier schulte er nach der Wende zum Heilpraktiker und Lebensberater um.

Mit vehementer Nachdrücklichkeit machte er seine Interessen deutlich, beispielsweise ein bedingungsloses Grundeinkommen, das er im Wahlprogramm der LINKEN vermisst, einen ökologischen Umbau der Gesellschaft sowie die Schaffung einer neuen deutschen Verfassung.

Nachdem die Kandidaten noch einige Fragen der Delegierten beantwortet hatten, haben sich diese mit folgendem Ergebnis an der Wahl beteiligt: Von den 77 gültigen Stimmen bekam Steffen Kühne 66, für Dietmar Poetzsch entschieden sich elf Delegierte. Ein eindeutiges, nicht ganz überraschendes Ergebnis.

Für Steffen beginnt nun der ernsthafte Wahlkampf. Wir gratulieren ihm herzlich und sichern ihm unsere Unterstützung zu.

Gabi Pluciniczak, Berkenbrück

Sechzig Jahre Grundgesetz

Genau genommen dürfte es das Grundgesetz, dessen 60. Jahrestag in diesem Monat mehr oder weniger feierlich begangen wird, gar nicht mehr geben. Denn eigentlich war (und ist) für den 1990 eingetretenen Fall im noch immer gültigen Artikel 146 vorgesehen, dass das jahrzehntelange Provisorium Grundgesetz „... nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“ durch eine Verfassung ersetzt werden soll, „... die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Der Bundestag setzte sich bekanntlich über diese Grundgesetzbestimmung hinweg, bis zum heutigen Tag gab es keine Volksabstimmung über eine gemeinsame deutsche Verfassung.

Doch nicht nur in dieser Hinsicht wurden in den Jahren seit 1990 viele Möglichkeiten und Chancen vertan: Dem Osten wurde viel Altes – und nur selten wirklich Bewährtes – einfach übergestülpt: Es war keine Vereinigung, es war ein Anschluss.

Auch die gegenwärtige Verfassungspraxis der Herrschenden und der Regierenden muss mit großer Skepsis

gesehen werden: Immer wieder wird heftig an den Schranken gerüttelt, die die „Mütter und Väter“ des Grundgesetzes 1949 aus gutem Grund gesetzt hatten.

Im Jahre 1993 beispielsweise wurde das im Grundgesetz festgeschriebene Asylrecht faktisch abgeschafft. Durch eine „großzügige“ Interpretation bestehender grundgesetzlicher Beschränkungen durch das Bundesverfassungsgericht wurden ab 1994 Auslandseinsätze der Bundeswehr möglich gemacht. Krieg wurde so wieder zum scheinbar legitimen Instrument der Politik.

Und nicht nur der Bundesinnenminister, der von Amts wegen eigentlich der oberste Verfassungsschützer zu sein hätte, fordert immer wieder eine weitere Aushöhlung des Grundgesetzes, um die Bundeswehr auch im Landesinnern einsetzen zu können.

Auch in scheinbar weniger dramatischen Fragen wird die Grundgesetzänderung immer mehr zum „Königsweg“ der Politik: Als Ende 2007 das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die Organisation der Hartz-IV-

Arbeitsgemeinschaften aus Bund und Kommunen mit dem Grundgesetz unvereinbar sei, wurde von der Großen Koalition in Berlin nicht etwa eine Änderung der entsprechenden Hartz-IV-Gesetze auf den Weg gebracht, sondern eine Grundgesetzänderung (die allerdings vor wenigen Wochen aus wahltaktischen Erwägungen im Vorfeld der Bundestagswahlen scheiterte).

Es muss wohl nicht extra erwähnt werden, dass DIE LINKE diesen verderblichen Spielen mit dem Grundgesetz regelmäßig Widerstand entgegensetzt. Sie steht damit in einer bemerkenswerten Tradition:

Im Mai 1949 hatte der damalige KPD-Vorsitzende im Namen seiner Fraktion im Parlamentarischen Rat erklärt: „Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, dass wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

*Ronald Friedmann,
Berlin*

Wir bitten um Unterstützung

Alle demokratischen Kräfte werden in Luckenwalde am 23. Mai 2009, dem 60. Jahrestag des Grundgesetzes in Deutschland, zeigen, dass sie nicht gewillt sind, den rechtsextremen Kräften unsere Stadt zu überlassen.

Die „Freien Kräfte Teltow-Fläming“ wollen an diesem Tag einen Aufmarsch unter dem Motto „60 Jahre Lüge“ organisieren und mit ca. 200 bis 300 Gleichgesinnten durch unsere Stadt marschieren.

Alle Fraktionen der demokratischen Parteien in unserem Stadtparlament, DIE LINKE, SPD, CDU, FDP und das Komitee für Gerechtigkeit, sowie die Bürgermeisterin Frau Herzog-von der Heide, die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frau Dr. Migulla und die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Frau Witt

hatten am Freitagabend (17.04.2009) Bürgerinnen und Bürger in den Rathaussaal eingeladen, um in einem Workshop zu diskutieren und zu überlegen, welche deutlichen Zeichen wir gegen diesen Aufmarsch setzen wollen.

Rund 70 Bürgerinnen und Bürger waren dieser Einladung gefolgt, um ihre Mithilfe zu signalisieren. Dazu zählte der Landrat, Herr Peer Giesecke, genauso wie Vertreter von Parteien, Vereinen und Verbänden, die mit ihren Mitstreitern sich aktiv in die Vorbereitung der Aktionen einbringen wollen.

Als wichtigstes Ergebnis an diesem Abend ist hier herauszustellen, dass wir ein Bürgerfest auf dem Marktplatz gemeinsam organisieren, alle Bürgerinnen und Bürger aufrufen wollen,

sich an einer Plakataktion mit selbst gestalteten Plakaten und Transparenten an diesem Tage zu beteiligen und an bestimmten Stellen des „Aufmarsches“ Gesicht gegen Rechts zu zeigen. Der Stadtverband und die Stadtfraktion DIE LINKE. werden dazu auf der Internetseite unserer Partei wie über geeignete andere Formen in den nächsten Tagen über den Stand der Vorbereitungen informieren. Wer die Aktionen im Vorfeld unterstützen möchte, wendet sich bitte an:

DIE LINKE.

Geschäftsstelle Teltow-Fläming

Zinnaer Straße 36

14943 Luckenwalde

Tel: 03371-632267

*Erik Scheidler, Vorsitzender der
Stadtfraktion DIE LINKE.*

Luckenwalde

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Auch Strohfeuer können wärmen
Die Verlängerung der Abwrackprämie ist eine ökonomische und politische Fehlentscheidung und im Kern auf den 27. September ausgerichtet. Union und SPD orientieren ihre Politik nicht an den aktuellen Erfordernissen, sondern am Wahltermin. Ja, auch Strohfeuer können wärmen, sagte unser Bundesgeschäftsführer, Dietmar Bartsch. Der drohende Einbruch des Automobilmarktes wird aber nur verschoben, nicht aufgehoben.

Die Abwrackprämie ersetzt kein Konjunkturprogramm. Für die Abwrackprämie werden die Steuerzahler zur Kasse gebeten. Wir freuen uns für diejenigen, die sie nutzen können. Hartz-IV-Bezieher und über eine Million so genannte Aufstocker hat die Bundesregierung als Wähler offenbar schon abgeschrieben, denn sie können von der Abwrackprämie nicht profitieren. Das ist sozial ungerecht. Die

Abwrackprämie ist keine „Umweltprämie“, wie von der Regierung suggeriert wird, weil sie unabhängig von Spritverbrauch oder CO₂-Ausstoß des Neuwagens gewährt wird. DIE LINKE fordert ein wirkungsvolles Konjunkturprogramm, das Unternehmen der Automobilindustrie, aber auch anderen Branchen zugute kommt.

Schutzschirm für Menschen

Die schwerste kapitalistische Wirtschaftskrise und Finanzkrise seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hält die Welt in Atem. Mit billionenschweren Bürgschaften und Kapitalpritzen sowie mit Ausgabeprogrammen und Steuersenkungen versucht die herrschende Politik, die wirtschaftliche Depression zu mildern und einen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Die Wirtschaftseliten, die jahrelang schamlos von entfesselten Märkten profitiert haben, rufen



heute nach dem Staat, weil allein die Flutung der Wirtschaft mit öffentlichem Geld ihre Einkommen, ihr Eigentum und ihre Vermögen noch sichern kann. Millionen Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz, ihre Ersparnisse und ihre Zukunft. Sie erwarten zu Recht, dass der Staat Einfluss auf die Wirtschaft nimmt.

Die entscheidende Frage ist längst nicht mehr, ob die öffentliche Hand sich wirtschaftlich engagiert, sondern in wessen Interesse, mit welchen Zielen und auf wessen Kosten dies geschieht.

Jüterboger Gespräch mit Peter Sodann

Der Bundespräsidenten-Kandidat der LINKEN war zu Gast bei Maritta Böttcher



Peter Sodann und Maritta Böttcher Foto: Felix Thier

Ironisch und heiter nahm Peter Sodann das zahlreich erschienene Publikum mit auf eine Reise durch die (Moral-) Geschichte der Menschheit.

und Witzen abgerundet bereitete er seinem Publikum einen zugleich lehrreichen und unterhaltsamen Abend. Bei vielen wird die Mahnung des „beten-

den Kommunisten“ nachklingen, sich gegen die verbreiteten sieben Todsünden zu wehren, die Mahatma Gandhi so beschrieb:
1. Reichtum ohne Arbeit
2. Genuss ohne Gewissen
3. Wissen ohne Charakter
4. Geschäft ohne Moral
5. Wissenschaft ohne Menschlichkeit
6. Religion ohne Opferbereitschaft
7. Politik ohne Prinzipien

Zum Abschluss der Veranstaltung signierte Peter Sodann noch seine mitgebrachten Bücher „Zettelkasten“ und „Keine halben Sachen – Erinnerungen“, die käuflich zu erwerben waren.

1. Reichtum ohne Arbeit
2. Genuss ohne Gewissen
3. Wissen ohne Charakter
4. Geschäft ohne Moral
5. Wissenschaft ohne Menschlichkeit
6. Religion ohne Opferbereitschaft
7. Politik ohne Prinzipien

Zum Abschluss der Veranstaltung signierte Peter Sodann noch seine mitgebrachten Bücher „Zettelkasten“ und „Keine halben Sachen – Erinnerungen“, die käuflich zu erwerben waren.

DIE LINKE.

Regionalverband
Teltow-Fläming Süd

Wem gehören Luft und Wasser?

Unter diesem Motto fand am 1. April 2009 (leider kein Scherz) in Mellensee eine Podiumsdiskussion statt, zu der ca. 100 Bürger – auch aus anderen Orten – erschienen waren. Seit Jahren müssen wir hier damit leben, dass durch die BVVG als Organ des Bundesfinanzministeriums unsere Seen verkauft werden sollen. Wie solch eine Privatisierung aussehen kann, zeigte uns noch einmal die WAS!-Reportage des RBB am Beispiel des Wandlitz-Sees, die vor einiger Zeit ausgestrahlt wurde. Gegen eine solche Entwicklung regt sich seit geraumer Zeit Widerstand in der Gemeinde und im Landkreis Teltow-Fläming. So sammelte z. B. der Verein „Pro Mellensee“ in kurzer Zeit 4.000 Unterschriften gegen die Seen-Privatisierung. Für die Entwicklung unserer Gemeinde ist der Tourismus von grundlegender Bedeutung, da es keine Industrie mehr gibt und das Gebiet Sperenberg/Kummersdorf jahrelang für den Flugplatz vorgehalten wurde. Zum Tourismus gehören un-

bedingt unsere Seen. Sie sichern auch Existenz und Arbeitsplätze in unserem „Dorf der Fischer“. Es gelang, für dieses Problem Bundestagsabgeordnete zu interessieren und so hatte Frau Katherina Reiche zu dieser Podiumsdiskussion eingeladen. Die anwesenden Vertreter der LINKEN, SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne und FDP auf dem Podium und im Saal waren sich einig in der Auffassung: keine Seen-privatisierung. Verschiedene Konzeptionen und Vorschläge wurden diskutiert, so z. B. im Bundestag eine Lösung zu finden, um die Gewässer den Ländern übertragen zu können oder ein Antrag auf Gründung einer Naturerbe-Stiftung.

Mit Skepsis und Unverständnis, die sich auch teilweise in ärgerlichen und wütenden Zwischenrufen und Meinungsäußerungen Luft machten, wurden die Ausführungen des Vertreters des Bundesfinanzministeriums, Herrn Cordes, aufgenommen. Als er „beruhigend“ sagte, man würde ja die Seen

zuerst den Kommunen zum Kauf anbieten (allein der Mellensee soll 400.000,- Euro kosten), erklärte unser Bürgermeister sehr einleuchtend und bestimmt, dass das für unsere hochverschuldete Gemeinde unmöglich ist. Das Fazit der Diskussion ist:

Alle anwesenden Vertreter der genannten Parteien, darunter zwei Mitglieder des Deutschen Bundestages, haben öffentlich ihren Willen bekundet, eine Lösung im Sinne und zum Wohle der Gemeinde zu suchen. Herr Cordes erklärte, dass er zwar bei seiner Rechtsauffassung bleibe, jedoch auch unsere wirklichen Sorgen sehe und bemüht sein werde, Lösungen zu finden.

Alle anwesenden Bürger sind sich darüber im Klaren, dass noch nichts entschieden ist und wir gemeinsam weiterhin alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen und darum kämpfen werden, unsere Seen in öffentlicher Hand zu behalten.

Christa Zernick, Mellensee

Ein Osterspaziergang

Die Bombodrom-Gegner aus der Kyritz-Ruppiner-Heide hatten wie jedes Jahr am Ostersonntag zum Osterspaziergang aufgerufen. Leider verpassten wir die Auftaktveranstaltung in Fretzdorf. Wir kamen aber noch zeitig genug, um uns am Ende des Demo-Zuges anzuschließen.

Von ganz hinten waren viele Teilnehmer zu sehen, nur die Spitze des Zuges war nicht zu erkennen. Mit Musikanten unterwegs und dem herrlichen Frühlingswetter ging es bei guter Laune zur großen Wiese am Rande des geplanten Luft-Boden-Schießplatzes. Als der Wald die Sicht freigab, konnten wir die zahlreichen Teilnehmer sehen, offiziell über 10.000. Es war beeindruckend, wie viele Bürger ihren Protest zeigen wollten. Diese Proteste begannen 1992, als die Bundeswehr plötzlich Ansprüche auf Nutzung des Areals anmeldete, und wurden seither ideenreich weiterentwickelt. Auch die

27 bisherigen erfolgreichen Prozesse sprechen für sich.

Die reichlichen Transparente zeugten von der Vielfalt der beteiligten Initiativen. Diese Vielfalt war auch in der Rednerliste zu erkennen. Alle brachten die Freude über die erreichten Erfolge sowie die Notwendigkeit weiterzumachen bis zur endgültigen Aufgabe des Bombodroms durch die Bundeswehr zum Ausdruck. Doch auch die Forderungen nach überregionaler Abrüstung und weltweiter Friedenspolitik kamen nicht zu kurz.

Eine Zwischenaktion ist besonders erwähnenswert. Eine Gruppe mit großen Pappen stellte sich vor der Bühne auf. Die hochgehaltenen Schilder verdeckten die Bühne mit dem Spruch „FRAU MERKEL SAGEN SIE BASTA“ in roter Schrift. Dann wurden die Pappen gedreht und in blauer Schrift war zu lesen „UNSERE WAHL: KEIN BOMBODROM“

Als letzter Redner kam Wiglaf Droste zu Wort. Er gilt als schärfster satirischer Zeitkritiker und Parallelen zu Kurt Tucholsky sind durchaus erkennbar. Er machte seinem Ruf alle Ehre. In scharfer satirischer Form nahm er die bisherige Regierungspolitik und dieser entgegenstehende „volksfreundliche“ Vorwahlaussagen aufs Korn. Besonders warnte er vor Heuchelei, egal unter welchem Deckmäntelchen. Den Militärs sprach er Lernfähigkeit völlig ab. Seine gekonnte Satire fand viel Zustimmung und offene Ohren.

Die vier Musiker der Gruppe „Colinda“ heizten dann mit ihrer generationsübergreifenden Musik den Teilnehmern ein. Verpflegungsstände waren auch vorhanden. So endete dieser Osterspaziergang als Volksfest mit Tanz und ausgelassener Stimmung.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Bekämpfung der Kinderarmut in Theorie und Praxis

Kinderarmut in der Bundesrepublik hat viele Seiten. Sie manifestiert sich als Mangel an Bildung, Gesundheit, Mobilität, Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, Kultur, ja sogar als Mangel an gesunder Ernährung. Das verfügbare Einkommen ist dabei der entscheidende Faktor. Jedes vierte Kind unter fünf Jahren lebt nach den Kriterien der EU in relativer Armut und lebt damit auf einem Einkommensniveau, das es von einer angemessenen sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt. Die Antwort auf die Kinderarmut kann nicht der weitere Abbau, sondern muss ein Ausbau des Sozialstaats sein. Am

9. Mai 2009 veranstaltet der Arbeitskreis „Gesundheit und soziale Sicherung“ der Bundestagfraktion DIE LINKE. von 10 bis 16 Uhr einen Fachtag zum Thema „Bekämpfung der Kinderarmut in Theorie und Praxis“ in Frankfurt (Oder). Diese Kommune hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kinderarmut regelmäßig zu untersuchen. Seit einigen Jahren erarbeitet Frankfurt (Oder) einen eigenen Kinderarmutsbericht und zieht daraus Rückschlüsse für kommunales Handeln. Gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus Verbänden und Organisationen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sollen Ursachen und Folgen von Kinderarmut erörtert werden. Darauf



aufbauend stehen Regierungsmaßnahmen und Alternativen der Fraktion DIE LINKE. im Fokus der Debatte.

Ich lade alle Interessierten recht herzlich zu dieser Veranstaltung ein, freue mich auf konstruktive Diskussionen und hoffe auf Anregungen für unsere weitere Arbeit.

Weitere Informationen unter:
www.diana-golze.de <

Diana ist gewählt

Nach Belzig war eingeladen worden, um für den Wahlkreis 61 die Direktkandidatin oder den Direktkandidaten für die Bundestagswahl zu nominieren.

Der Wahlkreis reicht von Jüterbog im Süden über Belzig (Potsdam-Mittelmark), die Stadt Brandenburg/H. bis in den Kreis Havelland. Aus allen Regionen reisten die gewählten Vertreterinnen und Vertreter an. Astrid Rabinowitsch eröffnete die Konferenz, Kerstin Kaiser sowie Dr. Dagmar Enkelmann stimmten uns auf die kommenden Wahlkämpfe ein.

„Kinder sind keine kleinen und preiswerten Erwachsenen.“ Als Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN kämpft Diana Golze dafür, dass Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben werden, flächendeckende Kita-Angebote entstehen, Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche, für eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung und vieles mehr.

Mit 96 % wurde Diana als Direktkandidatin gewählt.

*Petra Haase,
Jüterbog*

Zehn Jahre deutsche Kriegseinsätze

**Auf dem Balkan begann der Graus,
wir halten uns aus nichts mehr raus.
Statt Frieden der Region zu schaffen,
erproben wir die deutschen Waffen.**

**Die Opfer sind den Militärs egal,
solch Schaden sei kollateral.
Weiter geht's im Sauseschritt,
Auslandseinsätze sind der große Hit.**

**Um Rohstoff und Transport zu sichern,
die Global Player können kichern.
Dem Volk sagt man die Wahrheit nie,
da heißt's: Es geht um Demokratie.**

Rainer Weigt

Zossen zeigt Gesicht

In Zossen hat sich etwas getan, was noch vor einem halben Jahr undenkbar war. Die Stadt Zossen unterstützt eine Bürgerbewegung, in welcher Akteure der LINKEN, der SPD, Attac TF oder BAZ e.V. zahlreich vertreten sind – ein Novum angesichts der jahrelangen Querelen zwischen Bürgermeisterin Schreiber und den anderen demokratischen Kräften in der Stadt Zossen.

Doch die dramatischen Ereignisse der letzten Monate brachten selbst die an einen Tisch, die sonst keine gemeinsame Interessenlage haben.

Begonnen hatte alles mit der Verlegung von Stolpersteinen, die an die deportierten Juden erinnern sollen. So kam es bei der Verlegung von Stolpersteinen in der Zossener Berliner Straße zu einem ersten Zwischenfall.

Ausgerechnet der bekennende Holocaust-Leugner Link hatte ein Haus erworben, das von dem Ehepaar Martha und Lesser Weinberg bewohnt war, das 1942 von den Nazis verhaftet, deportiert und im Konzentrationslager Theresienstadt ermordet worden war.

Rainer Link, der im besagten Haus ein Internetcafé betreibt, wurde bei der Verlegung der Steine handgreiflich und versuchte danach immer wieder, die Stolpersteine zu verdecken.

Als darauf eine CDU-Abgeordnete zu einer Schweigeminute auf dem Zossener Markt aufrief, in der eine Resolution der Zossener Stadtverord-

neten gegen Rechtsextremismus verlesen wurde, mischten sich ca. 20 autonome Neonazis in die Menge und versuchten die Veranstaltung zu stören. Diese sammelten sich zuvor wie auch bei den nachfolgenden Demonstrationen auf dem Zossener Markt im Internetcafé von Link ein eindeutiges Zeichen, dass jenes Café als „Stützpunkt“ der Szene fungiert.

Ein deutliches Zeichen setzte dagegen die neugegründete, überparteiliche Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“, die innerhalb kürzester Zeit 40 namhafte Mitglieder gewann. Mit einem Fest für Demokratie und Toleranz in der Stadt Zossen, das ebenfalls den Titel „Zossen zeigt Gesicht“ trug, holten sie am 29. März über 600 Besucher in das Zossener E-Werk, wobei die vom Toleranten Brandenburg geförderte Veranstaltung ein buntes Programm für Jung und Alt bot, das die Stadt so noch nicht gesehen hat.

Dabei ging es neben Spaß und Unterhaltung auch um ernste Themen. So brachte sich die Linksjugend Solid mit einem Infostand zu den „versteckten Symbolen“ der Naziszene ein, der Mitbegründer der Bürgerinitiative und Initiator der Stolpersteinverlegung, Kurt Liebau, zeigte seine Ausstellung „Jüdisches Leben in Zossen“ und der Zossener Pfarrer Andreas Domke ließ die Besucher per Video eine Botschaft an die Welt senden. Der Malwettbewerb „Jeder ist anders und darin sind

wir alle gleich“, der zusammen mit der Stadt Zossen in den Kitas und Grundschulen der Stadt durchgeführt wurde, bildete den Auftakt für das Kinderprogramm, das mit einem Kinderdemokratiequiz, Mal- und Bastelstationen, Kinderschminken, Hüpfburg und einer Luftballonaktion auf dem Fest abgerundet wurde.

Aber auch auf der Bühne wurde ordentlich etwas geboten. Puppentheater und Gaukler brachten die Kinder zum Staunen, während für die Erwachsenen und Jugendlichen die Quadrofoniker, Larry Schuba und die Crossing Echoes spielten, die mit ihrem Auftritt ebenso ein Zeichen setzten. Aber auch auf der Bühne blieb die Initiative ihrem Anspruch gerecht und so gab es auch abwechslungsreiche Gesprächsrunden, die das Thema Rechtsradikalismus und Antisemitismus zum Inhalt hatten.

Allein der Platz reicht nicht aus, um die vielen liebevoll gestalteten Programmpunkte hier alle zu benennen, doch hoffen wir, mit unserer Veranstaltung viele Nachahmer zu finden, die ebenfalls Gesicht zeigen, damit Rassismus und Fremdenhass in ihrer Heimatstadt keinen Platz finden, um zu gedeihen.

*Melinda Bock
Stadtverordnete für DIE LINKE in
der Stadt Zossen,
Mitglied in der Bürgerinitiative
„Zossen zeigt Gesicht“*

Auflösung Bilderrätsel



Dies ist die sogenannte Paltrockwindmühle in Saalow in der Gemeinde Am Mellensee.

Mitte des 19. Jahrhunderts wurde sie in Berlin als Bockwindmühle erbaut und 1903 nach Saalow verkauft und umgesetzt.

Im Jahre 1937 begannen die Umbauarbeiten zur Paltrockmühle und als solche war sie noch bis zum Jahre 1971 in Betrieb. Beim Umbau einer Bock-

windmühle zu einer Paltrockwindmühle wird das Mühlengebäude auf einen Rollenkranz gesetzt. Durch diese bauliche Veränderung konnte die Mühle vergrößert werden und mehr Maschinen oder Mahlgänge aufnehmen.

Die Bezeichnung „Paltrock“ soll von der Ähnlichkeit der seitlich lang heruntergezogenen Mühle mit dem Faltenrock eines Geistlichen her stammen.

Gegen das Vergessen II

Eine Leseratte in zwei Teilen, von Annelore Müller

Gertrud Kolmar war eine wunderbare Lyrikerin und wurde mit den Großen des 20. Jahrhunderts – Gottfried Benn und Bertolt Brecht – verglichen. Ihre ersten Gedichte wurden bereits 1917 veröffentlicht. Neben der Liebeslyrik hat sie sehr ausdrucksstarke Gedichte zur Beschreibung von Wappen deutscher Städte, u.a. über Kloster Zinna, geschrieben. Ab 1933 verarbeitete sie das Grauen unter dem faschistischen Joch.

„Wir Juden

...

Nur Nacht hört zu:
ich liebe dich, mein Volk,
im Plunderkleid.

Wie der heidnischen Erde,
Gäas Sohn

Entkräftet zur Mutter glitt,
So wirf dich zu dem Niederen hin, sei
schwach, umarme das Leid,
Bis einst dein müder
Wanderschuh auf den
Nackten der Starken tritt.“

Gertrud Kolmar lebte mit ihrem Vater in Berlin zusammen, bis er 1942, 82-jährig, nach Theresienstadt deportiert wurde, wo er verstarb. Sie selbst war in der Rüstungsindustrie dienstverpflichtet, bis sie bei der sogenannten

Fabrik-Aktion im Februar 1943 nach Auschwitz deportiert wurde.

Nelly Sachs hat 1921 erste Legenden und Erzählungen veröffentlicht. Sie lebte in den 20er Jahren sehr zurückgezogen, nur ihren Gedichten und der Pflege der Eltern hingegeben. Sie hat zum Beispiel anrührend eine Kindheits Erinnerung, als der Vater Klavier spielte und sie als Kind im Zimmer dazu tanzte, als Gedicht festgehalten:

„Einmal war es, als die Kerze brannte,
Flieder seinen Duft ins Zimmer sandte,
Spieltest du, es war fast wie Vergehen,
Leichte Töne in dem Abendwehn.

Und ich glitt im Tanze, dir zu dienen
Zu dem Ruf wie honigdunkle Bienen
Bis zum Meeresgrunde wie verspielt
Deine Seele schon die Heimat hielt.“

Unter großen Mühen gelang es Nelly Sachs 1940, gemeinsam mit ihrer Mutter Deutschland zu verlassen und nach Schweden zu emigrieren. Durch die dichterische Verarbeitung des erlebten Grauens ist sie erst eine große Dichterin geworden.

Nach dem Krieg wurde erstmals 1946 im Aufbau-Verlag „In den Wohnungen des Todes“ veröffentlicht. Ihr

zweiter Gedichtband „Sternverdunklung“ wurde 1949 in der BRD veröffentlicht, aber kaum verkauft. Man sprach vom „Totalen Verdrängungsprozeß und kollektiven Vergessen“. Ab Ende der 50er Jahre erhielt sie in der BRD mehrere Auszeichnungen. Aber erst 1959 betrat sie erstmals wieder deutschen Boden.

Während ihres Aufenthaltes in Schweden hat sie schwedische Lyrik ins Deutsche übersetzt und dafür wurde sie mit einem Literaturpreis in Schweden ausgezeichnet. 1966 – an ihrem 75. Geburtstag – erhielt sie den Nobelpreis, gemeinsam mit einem Schriftsteller aus Israel. Wie eine Mahnung hört sich ihr Gedicht „Völker der Erde“ an:

„Völker der Erde,
zerstört nicht das Weltall der Worte,
zerschneidet nicht mit den Messern des
Hasses
den Laut, der mit dem Atem zugleich
geboren wurde.

Völker der Erde,
O daß nicht einer Tod meine,
wenn er Leben sagt –
und nicht einer Blut,
wenn er Wiege spricht.“

Wer sehen will, der kann sehen

Nein, kein Werbeslogan des Millionärs Fielmann, auch kein Einwerbespruch privat operierender Augenchirurgen; es klingt doch eher wie aus dem Jahrtausendgespinst, der Bibel (Ephisäer, Vers 5 oder so?).

Und es ist doch das alles nicht, sondern nur meine Erfindung als Überschrift, damit Sie möglichst diesen Text lesen und möglichst passende Schlüsse daraus ziehen.

Also: Die UNO, die Organisation mit Rest-Reputation im Sinne des Weltgewissens nach Deutschlands verheerendem Weltkrieg, lädt zur Antirassismus-Konferenz zum 13. April 2009 nach Genf. Und einige der UNO-

Mitglieder beobachten scharf alle vorbereitenden Schritte wie Statements, Beschlussentwürfe, Rednerlisten und beschließen: „Da fahren wir nicht hin.“ – USA, Deutschland, Kanada, Niederlande, Italien, Polen... Und einige fahren hin, finden aber den (eigentlich erwartbaren) Klartext z.B. vom Eröffnungsredner, Irans Präsident Ahmadinedschad. Den kann man nicht einfach zur Kenntnis nehmen, als Diskussionsstoff geeigneten Beitrag akzeptieren. Wir gehen aus dem Saal.

Aus dem Saal, während der feststellt, dass in Israel ein „höchst grausames und unterdrückerisches rassistisches Regime“ an der Macht ist. Er diffe-

renziert auch zwischen Befürwortern und anderen „Völkern der Welt, die ein waches Gewissen und einen freien Verstand besitzen, die Aggression, die Brutalitäten und die Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung von Gaza verurteilten“. Was daran ist falsch? Was sagte die Haltung der Saalentweicher? Was sagte die Haltung der Gar-nicht-erst-Angereisten? Sie alle befürworten oder wollen zumindest nicht kritisch diskutieren, was passive Duldung und damit tolerierte unverminderte Fortsetzung anempfiehlt: dass Israel die „minderwertigen“ Palästinenser, die nun mal

Fortsetzung auf Seite 11

Gratulation

Seit Generationen werden Feiern zum 1. Mai von den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern getragen. Auch in unseren Reihen haben wir verdienstvolle langjährige Gewerkschaftsmitglieder. So wurde unser Mitglied Gerhard Weisigk Anfang März von der Vorsitzenden des Kreisverbandes Luckenwalde/Jüterbog der IG BAU, Petra Haupt, mit einer Ehrenurkunde mit Ehrennadel für seine 80-jährige Mitgliedschaft in guten wie in schlechten Zeiten ausgezeichnet. Durch seine Mitarbeit hat sich Gerhard Weisigk nicht nur für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Ziele eingesetzt, sondern auch dem Gemeinwohl gedient. Oft hat ihm das auch die Hinnahme persönlicher Opfer abverlangt. Doch auch noch ein anderes Jubiläum konnte Genosse Gerhard Weisigk begehen. Am 1. April wurde er 95 Jahre alt und gehört somit zu den vier ältesten Mitgliedern unseres Kreisverbandes.

Wir beglückwünschen unseren Genossen zu beiden Jubiläen herzlich und wünschen ihm einen geruhsamen Lebensabend. Wir versprechen ihm, dass wir seine Erfahrungen nutzen und in seinem Sinne weiter für eine gerechte Gesellschaft kämpfen werden.

*Brigitte Paul,
Luckenwalde*

Fortsetzung von Seite 10

zufällig schon lange auf ihrem Territorium leben (Churchills späte Rache?) dem Hunger aussetzt, Medikamente, Wasser, Benzin verweigert, das Haus zerbombt und zum Schluss den Rest der Bewohner mit Napalm, Streubomben oder Raketen abmurkst.

Das denken die militanten Nicht-Angereisten. Das denken die lächerlichen Saalverlasser. Das decken die europäischen Journalisten nicht auf.

Aber Sie entdecken das und denken sich ihr Teil im Superwahljahr 2009!

*Frank Schubert, Universität
Potsdam, Medienwissenschaften*

Glückwünsche

Klaus Nicolaus in Jüterbog zum 77. Geburtstag am 19.05.
Anni Roßmann in Jüterbog zum 82. Geburtstag am 21.05.
Prof. Dr. Helmut Fröhlich in Großbeeren zum 82. Geburtstag am 22.05.
Gisela Brandt in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 23.05.
Friedhelm Götz in Dahme/Mark zum 79. Geburtstag am 27.05.
Annamaria Engert in Jüterbog zum 84. Geburtstag am 30.05.
Eva Sachse in Am Mellensee zum 84. Geburtstag am 31.05.
Josef Sagner in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 02.06.
Walter Odebrecht in Mahlow zum 72. Geburtstag am 07.06.
Edith Weise in Luckenwalde zum 74. Geburtstag am 10.06.
Florian Golz in Blankenfelde zum 71. Geburtstag am 16.05.
Hildegard Kschempeck in Blankenfelde zum 76. Geburtstag am 28.05.
Gisela Kuhnt in Blankenfelde zum 71. Geburtstag am 29.05.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen*

Helga Löblich in Großbeeren zum **70.** Geburtstag am 19.05.
Hans-Joachim BÜchner in Ludwigsfelde zum **90.** Geburtstag am 02.06.
Steven Scharp in Blankenfelde zum **20.** Geburtstag am 04.06.
Liselotte Fischer in am Mellensee zum **80.** Geburtstag am 05.06.
Rosemarie Scholz in Malterhausen zum **60.** Geburtstag am 08.06.
Dora Dahlenburg in Blankenfelde zum **85.** Geburtstag am 10.06.

Goldene Hochzeit

**Herzlichst gratulieren wir
Hildegard & Reinhard Polzer,
die am 20. April 2009 ihre
Goldene Hochzeit feierten.**

*DIE LINKE. Kreisverband
Teltow-Fläming*

Neue Artikel im Internet

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass in unserer Internet-Lesecke wieder neue Artikel abrufbar sind, die wir auf den zwölf Seiten unserer Zeitung leider nicht mehr unterbringen konnten. Zu lesen sind unter anderem ein Artikel von Felix Thier über die vierte Sitzung des neuen Kreistages, den Verlauf der Klausurtagung in Zossen vom Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE in Zossen,

Carsten Preuß sowie Ausführungen über die Brandenburg-Demo der SBB (Soziale Bewegung Land Brandenburg) von Rainer Weigt. Darüber hinaus bieten unsere Internetseiten eine wertvolle Quelle an Informationen zu den bevorstehenden Wahlen, Veranstaltungen, viele politische Hintergründe sowie Porträts unserer Abgeordneten in unserem Kreisverband. <
www.dielinke-teltow-flaeming.de

Termine

Traditionelle Kranzniederlegungen an den Ehrenmalen der Sowjetarmee

08.05.09 14.00 Uhr

Friedhof Ludwigsfelde,
Siethener Straße

08.05.09 10.00 Uhr

Friedhof Blankenfelde sowie an
den Ehrenmalen der antifaschisti-
schen Widerstandskämpfer und
der gefallenen deutschen Solda-
ten

08.05.09 10.00 Uhr

Gedenkstätte am Stadtpark und
anschließend auf dem Waldfried-
hof in Luckenwalde

08.05.09 14.00 Uhr

Ehrenmal in Glasow

09.05.09 10.00 Uhr

Kommunalkonferenz
Kreishaus Luckenwalde

11.05.09 19.30 Uhr

Lothar Bisky in Blankenfelde
„Grüne Passage“ Blankenfelde

13.05.09 10.00 Uhr

AG Senioren GV Zossen
Dr. Rudolf Haase zum Thema:
Steuererklärung für Rentner

13.05.09 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

18.05.09 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

Vortrag und Gespräch

Dr. Ulrich Busch

referiert zum Thema:

„Staatsverschuldung: Müssen unsere Enkel die Schulden bezahlen?“

Dienstag, 19. Mai 2009,
17.30 Uhr, Geschäftsstelle DIE
LINKE, Zinnaer Straße 36
in Luckenwalde

23.05.09 17.00 Uhr

JüterRock
Festwiese im Schloßpark Jüterbog

Mit tiefer Trauer haben wir
erfahren, dass unser

Genosse

Gerhard Buchmann

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

DIE LINKE Kreisverband
Teltow-Fläming

4. JüterRock

Am 23. Mai 2009 veranstaltet die Par-
tei DIE LINKE bereits zum vierten
Mal den JüterRock für Bands aus un-
serer Region. Beginn ist 17.00 Uhr in
gewohnter Umgebung auf der Fest-
wiese am Schloßpark in Jüterbog.

Kommunalkonferenz

Der Kreisverband DIE LINKE. Tel-
tow-Fläming lädt zur Kommunal-
konferenz am 9. Mai 2009 um 10.00
Uhr ins Kreishaus nach Luckenwalde
ein. Im Rahmen der Vorbereitungen
zur diesjährigen Europawahl am 7. Juni
2009 wird zu unserer Kommunal-
konferenz – „Europa und Kommune“
Dr. Helmuth Markov, Abgeordneter
des Europäischen Parlaments, über den
Zusammenhang zwischen Brüssel und
Straßburg mit Kommunen in Teltow-
Fläming referieren.

Ralph Krech, Stellvertretender
Kreisvorsitzender DIE LINKE. Tel-
tow-Fläming, sowie Kerstin Kaiser,
Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE
LINKE. Brandenburg informieren
über soziale Politik in Europa sowie
DIE LINKE im Wahljahr 2009.

Anschließend findet eine Podiums-
diskussion statt.<



Am 7. Juni 2009 ist
Europawahl

Helfen Sie mit Ihrer Stimme,
neue politische Alternativen in
Europa durchzusetzen!

Einladung

„Die Stunde ist gekommen, dass selbst
Banker wieder an Weisheiten glauben,
die auf der Straße liegen: Geld arbei-
tet nicht.“, sagt Lothar Bisky, Partei-
vorsitzender DIE LINKE.

DIE LINKE. Blankenfelde-Mahlow
lädt am 11. Mai 2009 um 19.30 Uhr in
die „Grüne Passage“ nach Blanken-
felde zu einer Europawahlveran-
staltung mit Prof. Dr. Lothar Bisky ein.

IMPRESSUM

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36

14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 8. April 2009, der nächsten Ausgabe: 13. Mai 2009

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

Internet: www.dielinke-teltow-flaeming.de

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de